

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 40 (1960-1961)
Heft: 2

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

ULBRICHTS VERNICHTUNG DES FREIEN BAUERNTUMS

Am Gründonnerstag haben die Funktionäre aus *Chemnitz* — es steht als Karl-Marx-Stadt auf den Landkarten der DDR — an Parteichef Ulbricht gemeldet, daß auch ihr Bezirk «vollgenossenschaftlich» geworden sei. Die ostdeutsche Kampagne zur *Zwangskollektivierung* der freien Bauern hat damit ein wichtiges Ziel erreicht, auch wenn die kirchlichen Güter noch unangetastet sind und im Süden die Überführung der Höfe in Genossenschaftsbesitz nur auf dem Papier steht. Trotz der Parole der Entspannungspolitik ist dicht hinter dem Eisernen Vorhang mit aller Härte der Feldzug gegen die letzten Bestände freien Bauerntums geführt worden; das Schlagwort der Nichteinmischung wurde mißbraucht, um größtes Unrecht an einer Bevölkerungsgruppe zu verüben, die dem Regime noch immer widerstand.

Was waren Ulbrichts *Gründe* für die Wahl des Zeitpunkts? Vor der Gipfelkonferenz sollte dem Westen und insbesondere Westdeutschland nochmals demonstriert werden, daß in der Sowjetzone vollendete Tatsachen geschaffen werden, die jedem westlichen Vorschlag auf Wiedervereinigung entgegenstehen; der Graben zwischen beiden Teilen Deutschlands ist mit voller Absicht vertieft worden. Der eigenen Bevölkerung gegenüber aber zeigte Pankow, daß der Fahrplan der totalen Verstaatlichung weiterhin uneingeschränkt gilt. Ebenso wichtig ist für Ulbricht die Stellung seines Machtbereichs im Ostblock: indem er die Anweisungen Chruschtschews konsequent und rasch befolgt, stärkt er die Stellung der DDR ihren östlichen Nachbarn gegenüber; dies gilt insbesondere für Polen, das vor schweren Agrarproblemen steht und nur etwas über 13 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche unter staatlicher Kontrolle hat.

Die Agitatoren und Funktionäre Ulbrichts verwandten in den Dörfern und auf den Höfen alle Mittel *totalitärer Propagand 技术*. Sture «Überzeugungsarbeit» mit der ständigen Repetition der Argumente; Drohungen mit Repressalien und Schilderungen der wirtschaftlichen Aussichtslosigkeit; Briefe von «Arbeitern» und öffentliche Diskreditierung Einzelner in der Parteipresse; Besuche von Gruppen, die vor Hausfriedensbruch und Nötigung, vor subtilen und groben Instrumenten des Terrors nicht zurückgeschrecken — all dies wurde eingesetzt, bis der zermürbte Bauer schließlich «freiwillig» seinen Namen unter das Dokument setzte. Wieder ist ein Stück freier Ordnung zerstört und damit zum völlig kontrollierbaren Teil der staatlichen Planung reduziert worden.

In diesen Wochen wurde bekannt, daß sich im Oktober 1959 in der Sowjetrepublik *Kasachstan* Revolten abgespielt hatten. In *Kemir-Tau*, nördlich von Karaganda, erhoben sich nicht Häftlinge, sondern Tausende von *Komsomolzen* gegen Mißstände in diesem industriellen Neuland der Sowjetunion. Die Mitglieder der Staatsjugend, Avantgarde der Industrialisierung, protestierten gegen die schlechte Versorgung und Verpflegung; der Protest weitete sich aus zum Aufstand, der erst nach Tagen von Truppen in blutigen Kämpfen niedergeschlagen werden konnte. Erst nach Monaten haben auch die Sowjetbürger in verschleierter Form erfahren, daß Kasachstan Schauplatz eines Aufruhrs war.

Rassenkonflikt in Südafrika

Weder die Unterjochung der ostdeutschen Bauern noch die Unterdrückung der sowjetischen Jugend bei Karaganda fanden ein weltweites Echo wie die Polizeiaktionen und

blutigen Zwischenfälle in der Südafrikanischen Union. Im Rahmen der Anti-Paß-Kampagne des Panafrikanischen Kongresses gegen die Einschränkung der Bewegungsfreiheit für Neger kam es zu Demonstrationen. In *Sharpeville* bei Vereeniging (Provinz Transvaal) schoß die Polizei am 21. März in die Menge schwarzer Demonstranten. Weitere Kundgebungen und Zwischenfälle, die Todesopfer forderten, folgten. Die Regierung verhängte den Notstand; die Organisationen der Schwarzen wurden aufgelöst. In Washington, London und anderen Hauptstädten des Westens nahm man Stellung gegen die Ausschreitungen. Durch den Anschlag eines Weißen auf *Premierminister Verwoerd*, einen Hauptexponenten der starren Apartheid-Politik, erfuhren die dramatischen Ereignisse eine weitere Zuspitzung.

Macmillan, der Anfang Februar im südafrikanischen Parlament vor der Politik der Rassentrennung gewarnt hatte, wandte sich nun gegen den gewerkschaftlichen Boykott südafrikanischer Waren in Westeuropa — selbst dem kommunistischen Osten gegenüber werde diese fragwürdige Waffe nicht angewendet. Die Rücksicht des britischen Premiers auf den Zusammenhang im Commonwealth ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Regierung Verwoerd, die in stolzer Isolierung ihren Weg weißer Suprematie beschreiten will, heute weitgehend *von der Weltmeinung isoliert* ist. $2\frac{1}{2}$ Millionen Weiße stehen in Südafrika 10 Millionen Schwarzen gegenüber. Der zunehmende Bevölkerungsdruck trägt zu einer Verschärfung der Gegensätze bei. Mit der Gründung unabhängiger Staaten in West- und Ostafrika steigen die Hoffnungen und Ambitionen der südafrikanischen Negerführer. Der Prozeß der Industrialisierung in Südafrika macht die Pläne zur Schaffung total getrennter Rassengemeinschaften illusorisch. Im wachsenden Rassenkonflikt droht den gemäßigten Kräften die Ausschaltung; destruktive Kräfte sind im Vormarsch, und pessimistische Beobachter sehen den dunkeln Schatten eines zweiten Algerien über Südafrika. Die Kirchen, Bündnispartner im Commonwealth und weitsichtige Wirtschaftsführer in der Union bemühen sich, durch Vermittlungs-

aktionen die Brände zu löschen, die die internationale Zusammenarbeit in ganz Afrika gefährden.

Chruschtschews «Tour de France»

Rein auf europäische Themen bezogen war Chruschtschews Besuch in Frankreich vom 23. 3. bis 3. 4. Empfänge in Paris und eine Rundreise durch Frankreich, begleitet von gigantischen Sicherheitsmaßnahmen, und Gespräche mit de Gaulle auf dem Sitz des Präsidenten in Rambouillet bildeten das Programm. Was ergab der Besuch außer der Herstellung persönlicher Kontakte? Chruschtschew ist der Einbruch in die westliche Front nicht gelungen; freilich wird die Gipfelkonferenz erst deutlicher zeigen, wie der französische Staatschef den Sowjetdiktator und seine Manöver einschätzt.

Chruschtschew hat dagegen Frankreich ausgiebig als Podium für *Angriffe gegen die Bundesrepublik und Bundeskanzler Adenauer* benutzt, wozu ihm als wirksame Kulisse die französisch-russische Waffenbrüderschaft im zweiten Weltkrieg diente. Auch hier wird die Zeit erst erweisen, ob oder wie sehr die französische Öffentlichkeit durch die Propaganda beeindruckt worden ist. Eine beschämende Nebenhandlung ergab freilich die Internierung osteuropäischer Exilpolitiker und Flüchtlinge auf Korsika durch die französischen Behörden.

Staatsbesuch de Gaulles in London

Nach der Abreise Chruschtschews begab sich de Gaulle nach London. Die Wiederbegegnung mit der Kapitale, von der aus er 1940 den Kampf zur Befreiung seines Landes aufgenommen hatte, war von den Engländern mit Pomp und Glanz ausgestattet worden. Das Staatsbankett im Buckingham Palace, die Truppenparade mit höfischem Décor und der Staatsakt in Westminster Hall waren Ehrungen für den großen Staatsmann, der bei Öffentlichkeit und Presse herzlichen Beifall fand. Aber alle Wünsche für eine neue *Entente cordiale* konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die praktische Ausbeute der Gespräche mit Macmillan sehr mager

war. Von versöhnenden Auswirkungen im Konflikt zwischen der EWG etwa, deren Ziele sich Frankreich entschieden zu eigen macht, und der EFTA, in der Großbritannien als stärkstes Mitglied wirkt, war wenig zu verspüren.

Als Kontrast zur Stabilität der Machtverhältnisse in Paris wirkt in diesen Wochen die *Regierungskrise in Italien*. Nachdem *Fernando Tambroni* sein Heil in einer Verbindung mit den Neofaschisten gesucht hatte und daran gescheitert war, plant *Amintore Fanfani* mit der «apertura a sinistra» ein Kabinett, das auf das Wohlwollen der Nenni-Sozialisten angewiesen ist, die ihrerseits mit den Kommunisten gemeinsame Sache machen. Die Richtungskämpfe innerhalb der *Democrazia Cristiana*, der größten Partei Italiens, wirken sich auf das parlamentarische und politische Leben des Landes aus. Der Partei fehlt ein starkes Zentrum, und der Wechsel christlich-demokratischer Kabinette nimmt immer mehr die Gestalt einer Dauerkrise an.

Der Weg zum Gipfel

In der Osterwoche haben sich die *westlichen Außenminister* in Washington über Standort und Vorgehen auf der Gipfelkonferenz, die Mitte Mai in Paris stattfinden wird, geeinigt. Die Einigung ergab sich ohne Schwierigkei-

ten, weil weder neue Vorschläge noch Vorstöße oder Einwände vorlagen. Der Plan für ein *Interimsabkommen über Berlin* wurde ins Auge gefaßt; doch soll es sich nur auf sekundäre Fragen beziehen und jedenfalls nicht die Grenzen überschreiten, die im vergangenen Sommer auf der Genfer Konferenz gezogen worden waren. Die Rechte des Westens, beruhend auf dem Viermächtestatus, würden nicht angetastet.

Das Thema der *Abrüstung* soll offenbar der *Zehnerkonferenz in Genf* überlassen bleiben. Zorin besteht dort noch immer auf einer Erklärung über die «Grundprinzipien der allgemeinen und vollständigen Abrüstung», während die westlichen Delegationen konkrete Verhandlungen fordern, wie sie der westliche Abrüstungsplan mit seinen drei Phasen zu garantieren vermag. Bis Ostern vermochte sich die Konferenz nicht über eine Traktandenliste für die Weiterführung der Verhandlungen zu einigen. Mehr Chancen hat noch immer die andere Konferenz, die in Genf tagt und die *Einstellung der Kernwaffenversuche* zum Gegenstand hat; Vertreter der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens verhandeln über Fragen der Kontrolle und der Inspektion von Nuklearversuchen.

Picus

WARUM GENOSSE CHRUSCHTSCHEW HERRN ADENAUER HASST

Ratlos und verwirrt stehen alle russlandfreundlichen politischen, wirtschaftlichen und geistig-politischen Kräfte in der Bundesrepublik vor den für sie oft unverständlichen Tatsachen des brutalen Draufschlagens auf die Köpfe der Deutschen durch die Moskauer Politik, Diplomatie und Propaganda. Gerade für diese politischen Faktoren des öffentlichen Lebens in Westdeutschland, die noch vor einigen Jahren dem Bündnis mit dem Westen mit kaum verdeckter Skepsis entgegneten und mehr

oder weniger offen eine Verständigungspolitik mit dem «ewigen» Rußland erhofften, muß die gegenwärtige Krise in den deutsch-russischen Beziehungen besonders schmerhaft sein. Aber die Kremlherrscher sind überhaupt nicht geneigt, auf die Gefühle der russophilen Elemente in der Bundesrepublik irgendwelche Rücksicht zu nehmen. Kaltblütig setzen sie konsequent den von Chruschtschew aufgezeichneten Kurs in der Deutschlandpolitik fort. Und je näher das Datum des Pariser Gipfeltreffens rückt, um

so schärfer werden die Angriffe Moskaus gegen den deutschen Verbündeten der drei Gesprächspartner, mit denen sich der sowjet-russische Regierungschef zusammensetzen wird.

Man übertreibt gar nicht, wenn man feststellt, daß die Bundesrepublik zur Zeit wohl der einzige Staat ist, mit dem die Sowjetunion zwar die diplomatischen Beziehungen unterhält, diesen aber wie ein Land behandelt, mit dem man verfeindet ist und von dem man am liebsten nichts hören möchte. Sogar solche klassischen «Feinde» Sowjetrußlands wie die Türkei oder Persien, geschweige die im Laufe von langen Jahren verschmähte Bastion des Kapitalismus, die USA, sind heutzutage entweder gerne gesehene Partner Moskaus oder sie sind in ein Stadium der Beziehungen geraten, die man als unbestimmt qualifizieren könnte. Um dieses feindliche Verhältnis zwischen Moskau und Bonn auf den verständlichen Nenner der zur Mode gelangten Besuchsdiplomatie und der unmittelbaren Kontakte zwischen den Staatsoberhäuptern und Regierungschefs wie in den Epochen der absolutistischen Monarchien zurückzuführen, könnte man die Frage aufwerfen, warum eigentlich Chruschtschew den westdeutschen Bundeskanzler Adenauer so grimmig haßt.

Schließlich stand die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Jahre 1955 gar nicht unter einem derart traurigen Zeichen einer globalen Gegnerschaft. Der Autor dieser Zeilen kann sich noch lebhaft daran erinnern, wie heute zu Chefredaktoren streitbarer parteipolitischer Wochenzeitungen avancierte Kollegen auf die Kunde des bevorstehenden Besuches Adenauers in Moskau frohlockten und aufrecht dachten, daß nun der Anbruch einer neuen Rapallo-Epoche in nächster Sicht sei und die Nemesis dem Ulbricht-Regime endgültig den Abschied von der Macht erteilt habe. So wie es an diesem Abend in einem kleinen Kreise aussah, so scheint es auch mit der großen Politik bestellt gewesen zu sein. Wie in vielen Dingen, so hat man den schlauen Bauer Chruschtschew auf dem kommunistischen Thron in Moskau auch in seinen Plänen und Konzeptionen Deutschland

gegenüber unterschätzt. Die Naiven können allerdings das Argument anführen, sie hätten das damals nicht gewußt oder nicht geahnt. Allerdings sind diese Abrechnungen mit größerer oder geringerer Kraft und Phantasie für die politischen Voraussagen angesichts der harten Tatsachen relativ geworden. Die Erkenntnis der bitteren Wirklichkeit scheint in den letzten Monaten in Deutschland derart große Fortschritte gemacht zu haben, daß die Opposition die Methode der immer wieder gegen Adenauer erhobenen Beschuldigungen, er habe für die Wiedervereinigung Deutschlands nichts getan, stillschweigend begraben hat. Langsam beginnt man in Deutschland der unbarmherzigen Wahrheit direkt ins Auge zu schauen. Etwas weiter vom Schuß, besonders in Großbritannien und neuerdings in manchen amerikanischen Kreisen, ist man wohl entweder noch nicht oder schon wiederum so weit...

Die Methode Chruschtschews

Wenn man die sowjetrussischen Aktionen auf dem breiten Feld der Deutschlandpolitik des Kremls betrachtet, muß man nach einer sorgfältigen Analyse zu der Schlußfolgerung gelangen, daß es sich um ein in allen Einzelheiten durchdachtes Spiel handelt. Dieses Spiel dürfte noch zu dem Zeitpunkt der Anknüpfung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Jahre 1955 nicht eine fertige Konzeption gewesen sein, obwohl die Einladung Adenauers nach Moskau zweifellos den Keim des späteren Ringens um die internationale Anerkennung des Status quo enthielt. Die allmähliche Kristallisierung des gegenwärtigen Programms der sowjetischen Deutschlandpolitik ist erst dann spruchreif geworden, als Chruschtschew die Zügel der Macht in seinen Händen konzentriert hatte. Mit anderen Worten, die Verhärtung der sowjetrussischen Deutschlandpolitik beginnt parallel mit der Festigung der Alleinherrschaft Chruschtschews. Kaum hatte der heutige Kremlherrscher die Krise des Sommers 1957 bewältigt, wurden schon einige Wochen später, nämlich am 23. Juli 1957, in Moskau die deutsch-sowjetischen Verhandlungen ein-

geleitet. Nach außen hin wollte es damals vielen Leuten scheinen, als ob die Sowjetregierung ein Interesse an der Verbesserung der Beziehungen hätte. Zu solchen trügerischen Impressionen stiftete auch das Schreiben Bulganins an Adenauer vom 10. Dezember 1957 an. Die Illusionen steigerten sich, als nach dem Abschluß der Wirtschafts- und Konsular- sowie Repatriierungsverhandlungen der stellvertretende Ministerpräsident Mikojan Ende April 1958 in Bonn auftauchte. Man wollte damals den Ernst jener Worte, die Chruschtschew zuvor, nämlich am 14. März 1958 — damals noch als Parteiführer — äußerte, daß die Wiedervereinigung die Angelegenheit zweier souveräner deutscher Staaten sei und die Sowjetunion irgendwelche Aktionen zu Gunsten der Wiedervereinigung ihrerseits als eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der fremden Länder betrachten würde, nicht ganz realisieren und hoffte, der Armenier komme mit einer Sondermission, um eine neue Periode der deutsch-russischen Beziehungen einzuleiten. Inzwischen wurde aber Chruschtschew neben seinem höchsten Parteiamt auch zum Regierungschef Sowjetrußlands erkoren, und das zeigte sich bald an der weiteren Gestaltung der Deutschlandpolitik Moskaus. Vom Sommer 1958 an beginnt eine von Monat zu Monat sich drastischer gebärdende Kampagne der sowjetrussischen Propaganda und später auch der offiziellen Politik gegen Bonn und insbesondere gegen Adenauer.

Die Situation verschärfte sich besonders dann, als die sowjetrussischen Stellen nach der Entfachung der Offensive gegen Berlin im November 1958 merkten, daß Adenauer die Pläne Chruschtschews sofort durchschaut hatte und er entschlossen ist, einen erbitterten Widerstand gegen das Zustandekommen der sowjetrussischen Konzeption einer «Freistadt Westberlin» zu leisten. Der Ton der russischen Presse, der Rundfunksendungen und der meisten Redner, die öffentliche Ansprachen in der Sowjetunion an den verschiedensten Anlässen hielten, sich aber fast bei jeder Gelegenheit mit der Politik Adenauers befaßten, wurde von Monat zu Monat hältloser und aggressiver. Bereits Anfang

1959 entstand eine neue, lückenlose Konstruktion der sowjetrussischen Propaganda, in der die Bundesrepublik als die Personifizierung aller übelsten Erscheinungen dargestellt wird. Chruschtschew selbst trägt kräftig zu dieser Psychose bei, indem er fast in jeder großen politischen Ansprache — und diese sind bei ihm ungefähr so häufig, wie bei Hitler und bis zu einem gewissen Grad bei Mussolini, während Stalin bekanntlich eher zu den «schweigenden» Tyrannen gehörte — neue Bonmots und Verleumdungen an die Adresse seines Widersachers in Bonn schleudert und auf diese Weise immer wieder dafür sorgt, daß die gewöhnliche Meute das freudig aufnimmt und weiter in das totalitär beherrschte Volk trägt.

Diese Methode ist nicht neu und sie hat geradezu ein klassisches Vorbild in den Auseinandersetzungen um das Schicksal der Tschechoslowakei zwischen Hitler und Benesch. Es genügt, den Verlauf der tschechoslowakischen Krise, den Druck des braunen Berlins auf das parlamentarisch-demokratische Prag, ja sogar die einzelnen Aussprüche und Redewendungen Hitlers über die Rolle von Benesch mit den Methoden und Mitteln der von Chruschtschew geführten Auseinandersetzung in Deutschland und Berlin und seiner Polemiken gegen Adenauer zu vergleichen, um diese verblüffende Verwandtschaft festzustellen.

Beweggründe und Ziele

Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, daß Chruschtschew den alten Bundeskanzler zur Zielscheibe seiner oft höchst groben und peinlichen Angriffe gewählt habe, weil ihm der große deutsche Staatsmann unsympathisch erscheint. Die persönlichen Motive dürften in diesem Fall nur sekundärer Natur sein. Es ist wohl anzunehmen, daß das Erscheinen des deutschen Regierungschefs in Moskau im Jahre 1955 und die fragmentarischen Gespräche und Zusammenkünfte, die Adenauer mit dem damaligen kommunistischen Parteichef Chruschtschew hatte, bei diesem einen sehr starken Eindruck der politischen Qualitäten des Kanzlers hinterlassen haben. Dafür sprechen nicht nur die unent-

wegten Angriffe, sondern auch gewisse Symptome, wie Chruschtschew immer bemüht ist, etwas aus den Äußerungen Adenauers herauszugreifen, um diesen festzunageln oder lächerlich zu machen, woraus man schließen kann, daß er sich mit den Erklärungen und Maßnahmen Adenauers ständig befaßt. In diese Sphäre der begrenzten persönlichen Motive könnte noch ein sehr dunkles Kapitel all dessen einbezogen werden, was die religiösen, beziehungsweise atheistischen Regungen Chruschtschews anbelangt. Dieser Mann scheint mit dem Problem der Religion und Gottes, trotz seiner überragenden Stellung im kommunistischen Reich, bis zum heutigen Tage nicht fertig geworden zu sein, sonst würde er Marx und Lenin häufiger als das Evangelium und die Bibel zitieren. Das elementare Erlebnis Chruschtschews, das ihm die kirchliche Dorfschule bot, die die einzige regelrechte Ausbildungsstätte bis zu einem Zeitpunkt in seinem Leben war, als er bereits ein reifer Mann wurde, scheint in seiner Vorstellungswelt eine Kraft auszuüben, gegen die er von einem anderen extremen Pol seiner Persönlichkeit, nämlich derjenigen des atheistischen Kommunisten, immer anstreiken muß. Und hier spielt wahrscheinlich in irgendeiner Form der Eindruck von dem tiefreligiösen, dem Evangelium und der Bibel treugebliebenen Adenauer hinein, der mit zu den heftigen Temperamentsausbrüchen führen kann.

Ausschlaggebend sind allerdings bei einem Machtpolitiker wie Chruschtschew die außenpolitischen und ideologischen Zusammenhänge. Da die Bundesrepublik ein bürgerlich-kapitalistischer Staat ist, in dem die sozialen Fragen trotz des verlorenen Krieges, trotz der Aufnahme von Millionen von Flüchtlingen, welche nach Stalins Vorstellungen eine revolutionäre Stimmung und später die Bolschewisierung Westdeutschlands herbeiführen sollten, trotz der geleisteten Demontagen, Reparationen und der bereits gezahlten oder noch weiter aufzubringenden Wiedergutmachungen verschiedener Art, so gestaltet wurden, daß sie einen täglichen Gesprächsstoff nicht nur in dem «so-

zialistischen» Ostdeutschland, sondern, wie die Reisenden berichten, in allen Ostblockstaaten einschließlich Rotchinas bilden, ist die elementare Aufgabe des kommunistischen Herrschers, diesem Staat überall dort Schwierigkeiten zu bereiten, wo das nur möglich ist. Hinzu kommt noch der Umstand, daß in diesem Deutschland, von dem einst Lenin als dem Mittelpunkt der proletarischen Revolution in Europa große Stücke hielt, der Kommunismus fast ausgestorben ist. Solange diese Barriere der Immunität gegenüber der kommunistischen Ideologie nicht beseitigt wird, solange sind alle Hoffnungen Moskaus, die der Kreml auf die französischen und die italienischen Kommunisten setzt, ein steriles Wunschenken.

Das dürften die Grundelemente des Verhaltens und der Aktionen sein, die man bei Chruschtschew gegenüber der Bundesrepublik und ihrem Kanzler seit fast drei Jahren beobachten kann. Sie sind also einem Programm auf lange Sicht untergeordnet, einem Programm zur Verbreitung des Kommunismus in Westeuropa. Mit dieser Konzeption korrespondiert natürlich ein taktischer Plan, den man als kurzfristig bezeichnen könnte und der unter dem Gesichtspunkt der aktuellen internationalen Situation beobachtet wird. Hierbei geht es Chruschtschew vor allem darum, mit den unentwegten Attacken gegen den «Störenfried» Adenauer bei der öffentlichen Meinung der großen Demokratien des Westens den Eindruck zu erwecken, daß man sich mit der Sowjetunion arrangieren könnte, wenn man diesen immer wieder nach Gerechtigkeit und Freiheit für das deutsche Volk schreienden alten Mann am Rhein isolieren würde. Auch hier ist die Konzeption Chruschtschews nicht neu, sondern fast haargenau bei Hitler entlehnt, als dieser 1938 Frankreich und Großbritannien mit den gleichen Illusionen in bezug auf die Befriedung der Situation in Mitteleuropa bestürmte und dafür das Fallenlassen des damaligen «Störenfrieds» aus Prag und Verbündeten der Westmächte, Benesch, verlangte.

Alexander Korab

NACH KORSIKA DEPORTIERT

Ein Glück für Kou Teh-lou, den Chefkoch der Botschaft der chinesischen Volksrepublik in London, seinen politischen Absprung nicht in der Nähe des Quai d'Orsay getötigt zu haben. Nichts hätte ihn davor schützen können, seinem Landsmann, den ich in der Nähe von Piana traf und der ebenfalls den staatsgefährlichen Beruf eines Kochs ausübt, zusammen mit weiteren neuhundert Antikommunisten während der sowjetisch-französischen Verbrüderungsszenen, ja schon acht Tage voraus, in Korsika Gesellschaft zu leisten.

Das «vivere pericolosamente» ist zum Leitmotiv der Ostflüchtlinge geworden, seit sie Gefahr laufen, zwischen zwei Mühlsteinen, dem Haß der kommunistischen Regimes und den politischen Rücksichten der westlichen Gesprächspartner, zerrieben zu werden.

War de Gaulles Zustimmung zur Entfernung der Flüchtlinge das Wundermittel, das Chruschtschew von seiner Grippe zu kurieren vermochte? Wenn ja, darf sich der sowjetische Premier rühmen, in Paris erreicht zu haben, was ihm in London und Washington ebenso entschieden wie höflich abgeschlagen wurde.

Boris Souvarine schreibt im ESOPE folgenden bitteren Kommentar dazu: «Das Skandalöseste war, in Frankreich GPU-Methoden einzuführen, indem man beim Morgengrauen unterschiedslos an die tausend Flüchtlinge verhaftete, die sich im Schutz der französischen Demokratie in Sicherheit wähnten. Durch diese Verletzung der Menschenrechte und diesen gräßlichen Verstoß gegen die Regeln der Gastfreundschaft hat eine mit Blindheit und Taubheit geschlagene Polizei unser Regime entehrt und dem schlimmsten Rechtsmißbrauch Tor und Türe geöffnet. Man müßte vollends skrupellos sein, wollte man nicht verstehen, daß die Zustimmung zu solcher Willkür schon die Bereitschaft in sich trägt, ihr in naher Zukunft neue Opfer darzubringen. Nicht zum erstenmal beginnt man mit der Verfolgung der ‚Freunde‘, um alsdann die

„Vollbürger“ ebenfalls aufs Haupt zu schlagen¹».

Einseitige Härte

Die Deportierung fand bei den Opfern im allgemeinen mildere Richter. Nicht etwa, daß die betont gute Verpflegung und die verhältnismäßig ordentliche Unterkunft die Gäste freundlicher gestimmt hätte. Sie mögen sich im Gegenteil gesagt haben, die Menukarte spiegelt das schlechte Gewissen der Gastgeber wider Willen, denn wer von der Rechtmäßigkeit seines Handelns überzeugt ist, braucht nicht mit Vorspeise und Nachtisch die Stimmung der Tafelrunde zu verbessern.

Hingegen hörte ich oftmals die Meinung, man hätte die französischen Kommunisten mindestens ebenso energisch an die Kandare nehmen müssen, wollte man nicht zweierlei Recht schaffen, ein hartes für die entschiedensten Freunde der freien Welt, die ihrer Überzeugung Besitz und Heimat geopfert haben, und ein mehr als mildes Recht für die auslandhörige kommunistische Partei, die ihre Kader mit einem ungeheuren Kostenaufwand aufmarschieren ließ, um eine Geräuschkulisse zu bilden, die dem Exponenten des sowjetischen Imperialismus vertraute Erinnerungen wachrufen mußte.

Doch durften sie der Regierung allzu sehr gram sein, wenn es französische Unternehmer gab, die ihrer Belegschaft einen halben Frei-Tag zugestanden, um eine Kollektivbegeisterung vorzutäuschen, die in Wirklichkeit nirgends zu treffen war?

Bedrückend war die Befürchtung, die kommunistischen Regimes würden ihren verzagten Gegnern nun zurufen: «Seht, die Demokratien, von denen ihr Rettung erwartet, kennen in Wirklichkeit keine Prinzipien. Sie spielen auf allen Klavieren und mit besonderer Vorliebe auf dem sowjetischen Konzerflügel!»

¹ ESOPE (Paris), 15. 3. 60.

Terroristen gesucht

Chruschtschew soll sich geäußert haben, solch umfangreicher Sicherheitsmaßnahmen hätte es nicht bedurft. Man darf daraus beiße nicht auf eine menschenfreundliche Gesinnung schließen. Vielmehr mag er gespürt haben, daß der Bogen überspannt wurde und die Massenverschickung gerade dadurch grotesk wirken mußte. Ein als potentieller Terrorist aufgegriffener und deportierter Pazifist wird zum Rufer gegen die Gewalt, der sich die westlichen Politiker beugen zu müssen glauben. Solche Pazifisten gab es unter den zwangsweise entfernten Gegnern des sowjetischen Regimes. Noch erstaunlicher war das Schicksal einzelner Flüchtlinge, denen erstmals in Korsika ein politisches Licht aufgesteckt wurde, die auch nicht im Traume daran gedacht hätten, gegen den hohen Gast aus Moskau auch nur den Zeigefinger zu erheben.

Der Dank der Republik mag einzelnen besonders bitter geschmeckt haben, so *Demedocki*, ehemals Minister der polnischen Exilregierung in London; so *Gordowski*, seit 23 Jahren in Frankreich niedergelassen, Präsident der Ehemaligen der bei uns internierten polnischen zweiten Division, der aus der Schweiz floh, um an die alliierte Front zurückzukehren; so *Jagielowicz*, Präsident des polnischen Invalidenverbandes; oder *Lucki*, einer der aktivsten Widerstandskämpfer während der deutschen Besatzung in Frankreich, dem kaum sechs Monate zuvor die Ehrenlegion überreicht worden war.

Mit welchem Recht maßte sich Paris überhaupt an, die Polen als Flüchtlinge zu behandeln? Wer hatte sie je als Bittsteller oder Bettler gesehen? Waren sie nicht Frankreich zu Hilfe geeilt, als es 1940 vom Eroberer hart bedrängt wurde?

Und die Jugoslawen? Durfte man ihnen aus Rücksicht auf Tito den Flüchtlingsstatus verweigern und sie trotzdem als unbequeme Flüchtlinge abschieben, sobald die Staatsraison dies nahelegte? Wenn es stimmt, daß drei Jugoslawen von einer westlichen Macht, in deren Auftrag sie arbeiteten, an Tito verraten, zwei davon getötet und der dritte ein-

gekerkert wurde, weil ihre Titogegnerschaft den Auftraggeber unbequem war, müssen sich die jugoslawischen Flüchtlinge fragen, in welche Art politischen Konzepts sie überhaupt noch passen.

Die Conciergerie wieder in Betrieb

Morgens neun Uhr läutet die Polizei an der Wohnungstüre eines Serben, ehemals Chef einer jugoslawischen Militärmmission im Westen, der bereits zur Arbeit gegangen ist. Seine Frau muß versprechen, ihren Mann unter keinen Umständen zu benachrichtigen. Eine halbe Stunde später wird dieser von seinem Arbeitsplatz abgeholt. Er erhält zur Not die Erlaubnis, zu Hause ein paar Toilettensachen zu holen und wird alsdann mit andern Leidensgenossen in den großen Saal der Conciergerie verbracht, in dem während der Revolution die zum Tode Verurteilten auf ihre Hinrichtung zu warten hatten. Die Erben von 1789 haben sich offenbar gesagt, was den gestürzten Aristokraten ziemte, müsse auch den Anhängern der «anciens régimes» unseres Jahrhunderts angemessen sein. So konnte man dem Dekor einen tieferen Sinn nicht absprechen. Im Gegensatz zu den andern Gefängnisinsassen wußte unser Serbe bereits, was auf ihn wartete, hatte er doch schon 1956 den Vorzug genossen, während Titos Frankreichbesuch Gratisferien auf Korsika zu verbringen.

Je nach Temperament und Umgangsformen der ausführenden Polizeiorgane wurde die Einladung zur Abreise in mehr oder weniger verbindlicher Form überbracht. Ein Pole fand, 07.30 Uhr sei in Paris keine Besuchszeit. Er ließ die Polizei anderthalb Stunden vor der Türe warten. Trotzdem räumte sie ihm reichlich Zeit ein, sich auf die Reise vorzubereiten, zu telefonieren, seinen Koffer zu packen, in der Wäscherei sein Wäschepaket abzuholen, im Bistro nebenan seinen Morgenkaffee zu trinken, ja er durfte sogar Postkarten schreiben, um seine Freunde von seiner unfreilichen Abreise zu verständigen.

Solche Ausnahmebehandlung zu verallgemeinern, wäre ebenso unzulässig, wie von einer zufälligen Begegnung mit einem ein-

zigen Korsikaflüchtling auf alle neunhundert zu schließen, unter denen sich ein halbes Dutzend Frauen, zwei Kleinkinder, ein Mönch, mindestens zwei Minister, rotspanische und polnische Generäle, Journalisten, Garagisten, Anstreicher, Köche, ein Internatsschüler und — wenn man den Eingeweihten glauben darf — wie schon 1956 auch kommunistische Spione und Provokateure befanden, eine Behauptung, an die sich der Reporter erinnerte, als er auf der Straße von einem Flüchtling um Zigaretten und Alkohol angebettelt wurde, trotzdem das behördlich ausbezahlt Taschengeld von täglich zehn NF für solche Nebenauslagen mehr als ausreichend war. Der offensichtlich angetrunkene Bursche wurde von seinen Begleitern unverzüglich zum Schweigen gebracht und weggeführt. Hatte er beabsichtigt, dem Reporter einen möglichst ungünstigen Eindruck von den Korsikaflüchtlingen mitzugeben?

Die Zuversicht der Illusionslosen

Mit dieser einzigen Ausnahme machten die Gäste der französischen Regierung auf Korsika einen ausgezeichneten und disziplinierten Eindruck. Ich habe weder Wege-lagerer und Terroristen, noch fanatische Kriegshetzer getroffen. In überlegener Selbstironie sprachen sie von ihrem Flüchtlingskomplex, der sie befähige, sich ohne Zeit-tabelle mit ihrem «Calvaire» abzufinden, Verluste in Kauf zu nehmen, immer und überall ihre Pflicht zu erfüllen. «Wir wollen keinen Krieg.» Ihre Waffen waren Hunger und Televisionsstreik, um am ersten Tage der Chruschtschewreise gegen die Koexistenzpolitik zu protestieren. «Wir wissen, daß man uns als „imbéciles“ betrachtet und behandelt.» Doch hätten sie auch ohne die zahlreichen Sympathie- und Protesttelegramme bedeutender französischer, ausländischer und internationaler Organisationen gespürt, daß sie auf das stille Einverständnis zahlloser Freunde im Westen wie im Osten zählen durften. Einer der Deportierten erhielt während der ersten vierzehn Tage auf Korsika 57 Briefe, deren Absender sich mit den Flüchtlingen solidarisch erklärten.

Zuschriften aus den Satellitenländern brachten das Echo derer, für die sich das Opfer des unfreiwilligen Exils, dessen Symbolwert durchaus verstanden wurde, lohnte.

Polizistenlogik

Ein Vertreter der wachhabenden Sicherheitspolizei, deren blaue Uniform in Korsika jeweils nur mit solchen Flüchtlingstranspor-ten auftaucht, bewertete die Aktion nach der mit staatlichen Mitteln zustande gebrach-ten Gewichtszunahme der Zwangsgäste. Er meinte, jedes Kilo spreche zugunsten der Regierung, deren Großzügigkeit auch in der Zumessung der Entschädigung zutage trete. Zu bemitleiden seien eigentlich nur die Polizisten, deren Mehrauslagen nicht ge-deckt würden und denen eine Menge unfreundlicher Obliegenheiten erwüchsen, so die Pflicht, die Reporter von den Flüchtlin-gen fernzuhalten, die unfreundliche Bezeich-nung der Flüchtlinge als «Deportierte» aus dem täglichen Sprachgebrauch zu entfernen und Kundgebungen jeglicher Art, wie un-gebührliches Lachen oder unehrerbietige Kommentare über den sowjetischen Premier mit dem ganzen Gewicht ihrer Autorität zu verhindern. Zuweilen schien es, die zahl-reichen Esel, deren Geschrei unsere Unter-haltung übertönte, schrien in offiziellem Auftrage, und die unberechenbaren Ziegen-böcke, die plötzlich vor der Kühlerhaube unseres Wagens auftauchten, erhielten Gra-tiszulagen, um unerwünschte Erhebungen über die Flüchtlingsfrage zu behindern.

Sieg und Niederlage

Tiuccia, Piana, Porto, Evisa, Ile Rousse und wie die Sammelpunkte alle hießen, bedeuten sowohl Sieg wie Niederlage. Sieg für die Betroffenen, weil sie gezwungen wurden, die Wirklichkeit vom Wunschdenken zu unterscheiden; weil sie die Gelegenheit benütz-ten, ihre Reihen zu schließen und für ihren Offensivkampf gegen den kommunistischen Andrang neue Kräfte zu sammeln.

Ihr Schicksal hat ein weltweites Echo hervorgerufen. Wenn «Le Monde» sich auf

der Titelseite mit ihnen beschäftigt, müssen sie erstaunlich weit aufgeholt haben.

Als Niederlage haben gewiß viele zu Hause gebliebene Flüchtlinge und auch Ge-sinnungsfreunde in den kommunistischen Ländern diese Zwangsvorschickung ausgelegt. Enttäuscht und eingeschüchtert, werden welche sich in ihr Schneckenhaus zurückziehen und resigniert feststellen, daß sich Freimütigkeit offenbar nicht lohnt.

Wo der größte Rückschlag zu suchen ist, läßt sich vielleicht am deutlichsten anhand einer geschichtlichen Parallele erklären. Nach der «Bartholomäusnacht», heißt es in einem alten Brockhaus, «war das Aufwärtsstreben der Hugenottenpartei gebrochen, und da sie sich dem Einheitszuge der französischen Geschichte und der Idee des Königtums mit ständischen Lehren ent-

gegenstemmt, wurden sie zu einer die französische Entwicklung hemmenden, reaktionären, zum Untergang verurteilten Kraft».

Wer dächte nicht an die Gefahr, de Gaulle und mit ihm die andern westlichen Alliierten könnten die Ostflüchtlinge als eine ihren Zielen entgegengesetzte Kraft werten, sie als Reaktionäre abstempeln, um sie zum Untergang zu verurteilen?

Im Grunde ist es das gleiche Denken, das dem historischen Materialismus zugrunde liegt, der Glaube an einen gesetzmäßigen, unabwendbaren Ablauf der Geschichte, gegen den sich zu stemmen Selbstmord bedeuten muß. Was liegt näher, als sich des Ballastes der «Geschichtslosen» zu entledigen, um die Fahrt in die glückliche Zukunft zu beschleunigen?

Maquis

DIE AMERIKANISCHE PRÄSIDENTSKAMPAGNE 1960

In der Verfassung der USA findet sich nirgends die Vorschrift, daß Präsidentschaftskandidaten übermenschliche körperliche und psychische Anstrengungen auf sich nehmen müssen, wie es die nachstehenden etwa sind:

Tagwache um sechs Uhr an düsteren Wintermorgen zur Begrüßung schlaftrunken Arbeiter an den Fabriktoren, pappige Pfannkuchen oder süße Biskuits an «Frühstück mit Kaffee und Brötchen», Konsumation eines furchtbaren Durcheinanders von gebackenen Bohnen, Kartoffelsalat, fetten Brathähnern, kaltem Roastbeef, grünen Erbsen, feuchtem Brot, endlosen Schnitten von Apfelkuchen mit faden Scheiben Schachtelekäse an einer tödlichen Reihe von sogenannten «Bean Feeds» (eine im Staat Wisconsin auf Kandidaten lauernde Gefahr), von Nachtessen einer Kirchengemeinde, Lunches in Hotels, Fabrik-Zwischenverpflegungen und Tee-Einladungen. — Ununterbrochenes Reden während 18 bis 20 Stunden im Tag, Schütteln Tausender warmer, begieriger, schlaffer, feuchter oder gleichgültiger Hände, Küssen einiger Babies, Tätscheln kleiner

Kinder, Verteilung von Ansteckknöpfen und Wahlliteratur, endlose Wiederholung der Worte: «Ich hoffe, Sie werden für mich stimmen.»

Reisen per Flugzeug, Autobus, Eisenbahn und Automobil in Groß- und Kleinstädte, deren Namen man manchmal mitten in einer feurigen Rede vergißt oder überhaupt nicht aussprechen kann. — Spazieren durch Straßen, die wie alle anderen Straßen aussehen, Grüßen von Gesichtern, die allen anderen Gesichtern gleichen, Ansprechen von Frauen in Supermärkten und Arbeitern während der Arbeitszeit — stets bemüht, die Namen von Lokalpolitikern und wichtigen Persönlichkeiten nicht zu vergessen, ebenso stets bemüht, geistvolle und bedeutsame Antworten zu Fragen über wichtige politische Probleme zur Verfügung zu haben, seinen Gleichmut zu bewahren, gepflegt, ausgeruht, ansprechend, gedankenvoll und energisch auszusehen — alles zu gleicher Zeit, um das Ebenbild eines amerikanischen Präsidenten zu bieten.

Nirgends in der amerikanischen Verfas-

sung wird verlangt, ein Präsidentschaftskandidat müsse an einer Schönheits- oder Volksbürtlichkeitsskonkurrenz teilnehmen oder beweisen, daß er Beine aus Stahl, das Herz eines Athleten, den Kopf eines Genies und einen Magen aus verchromtem, rostfreiem Stahl besitze. Aber die amerikanische Gewohnheit und Tradition — und die realen Gegebenheiten der alle vier Jahre wiederkehrenden Wahlkampagnen für die Präsidentschaft — auferlegen dem Kandidaten diese unausweichlichen Pflichten.

Vorpostengefechte

Für manche Bewerber beginnt die Probe schon früh. Sie müssen die ersten Ausscheidungskämpfe bestehen, die als Primärwahlen bezeichnet werden. Diese werden in einer Reihe amerikanischer Staaten durchgeführt, um die Delegierten an den nationalen Konventen der politischen Parteien zu bestimmen, an denen die Präsidentschaftskandidaten aufgestellt werden. In der Regel handelt es sich bei diesen Primärwahlen um Konkurrenzen um die persönliche Beliebtheit, bei denen abgeklärt wird, ob ein bestimmter Kandidat einem größeren Publikum genehm ist. Die Primärwahlen sind die Arena, in der die Furchtsamen und Zweitrangigen ausgeschieden werden, die jungen Aspiranten für künftige Kämpfe ihre Erfahrungen sammeln und manche alte und erfahrene Veteranen sich verbissen an den Traum eines jungen Mannes klammern, einst im Weißen Haus zu sitzen.

In der Kampagne des Jahres 1960 waren lediglich zwei Kandidaten in den Primärwahlen und in Kämpfen von einem Staat zum anderen wirklich aktiv. Es handelt sich dabei um den Senator John F. Kennedy, den jungenhaft aussehenden Sohn eines reichen Mannes, den die Demokraten 1956 fast als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft aufgestellt hätten, und Senator Hubert Humphrey, den ehemaligen Drogisten aus Minnesota, gegen den Chruschtschew in einem achtstündigen Wortgefecht den kürzeren zog. — Andere demokratische Kandidaten — die Senatoren Stuart Symington, Industrieller aus Missouri und ehemals Sekretär

der amerikanischen Luftstreitkräfte, und Lyndon B. Johnson, Millionär aus Texas und demokratischer Führer im Senat, sitzen vorläufig noch auf der Umzäunung und beobachten die Kämpfe zwischen Kennedy und Humphrey. — Symington und Johnson, die sich auf die kräftige Unterstützung der politischen Führer ihrer Partei stützen können, und Adlai Stevenson, der zweimalige Verlierer, stehen abseits des Getümmels der ermüdenden Primärwahlen. Aber sie reisen umher, halten Reden und geben Erklärungen ab, warten hoffnungsvoll, bis andere schwach werden und aus dem Rennen fallen. Im jetzigen Zeitpunkt hat nur Symington seine Kandidatur angemeldet, aber er hat sich an keinen Primärwahlen eines Staates beteiligt.

Auf der Seite der Republikaner hat sich Gouverneur Nelson Rockefeller von New York, der gut präsentierende Erbe (mit anderen) von Ölbilliarden, aus dem Kampf zurückgezogen, der darum ging, dem präsumtiven Erben, Vizepräsident Richard Nixon, die Nachfolge streitig zu machen. Nach beträchtlichen Ausgaben für die Ingangsetzung seiner Kampagne hißte Rockefeller die weiße Flagge, als er feststellte, daß die Chancen gegen ihn lagen. Aber die politischen Propheten schließen Rockefeller nicht gänzlich aus, und anscheinend tut dies der Gouverneur selbst auch nicht. Sollte die Popularität Nixons abnehmen — wie dies kürzlich in öffentlichen Befragungen der Fall gewesen ist —, könnten sich die republikanischen Parteiführer gezwungen sehen, Rockefeller als ihren einzigen hoffnungsvollen Kandidaten herbeizurufen.

Der fruchtlose Kampf

Politische Zyniker — wie auch politische Realisten — betrachten die Kämpfe zwischen Kennedy und Humphrey mit nachsichtiger Geringschätzung. Sie vertreten die feste Meinung, daß Präsidentschaftskandidaten nicht in solchen vorläufigen Wettbewerben um die Popularität «gemacht» werden. Die Delegierten am nationalen Konvent im Juli werden ihren Mann wählen, und diese Wahl wird eher von den Parteiführern und durch das unsichtbare Aushandeln von Stim-

men und Versprechungen bestimmt, als durch die Zurschaustellung der ermüdeten Kandidaten in den verschiedenen Primärwahlen in einzelnen Staaten. — Wie der ehemalige Präsident Truman kürzlich erklärte, sind die Primärwahlen in den Staaten ein «leeres Getue». Als alter Politiker sagte Truman: «Sie haben keinerlei Bedeutung. Sie sind bloße Zeitvergeudung. Aber manchmal werfen sie einen Mann aus dem Rennen, der herausgeworfen werden muß — das ist heute ihr einziger Wert.» Er sagte ferner, daß die in 15 Staaten und im Distrikt von Columbia durchgeführten Primärwahlen keinerlei Einfluß auf die nationalen Konvente ausüben. — Truman erklärte ferner, er würde die Durchführung von Primärwahlen auf nationaler Grundlage begrüßen, wobei die Bundesregierung für die Kosten aufzukommen hätte. Sie würden dann einen nationalen Ausscheidungskampf darstellen, in dem die zwei oder mehr Kandidaten für die schließliche Präsidentschaftswahl im Ringe bleiben könnten.

Offensichtlich sind die Senatoren Symington (der angeblich auf Trumans Unterstützung zählen kann) und Johnson gleicher Ansicht wie der erfahrene, alte Truman, den viele Leute als den klügsten amerikanischen Politiker betrachten. Symington und Johnson ersparen sich die großen Aufwendungen an Geld und Kraft, die die Teilnahme an den Primärwahlen erfordern würden.

Weshalb haben sich dann Kennedy und Humphrey in diesen so kostspieligen Scheinkampf gestürzt, wenn er ihnen nur einen bedeutungslosen Sieg verspricht? Der Grund dafür liegt auf der Hand. Keiner dieser Kandidaten verfügt im demokratischen Lager über die notwendige Kraft, um im Juli den Konventsaal mit den für den Sieg erforderlichen 761 Delegiertenstimmen zu betreten. Ihre Strategie geht dahin, in den Primärwahlen zu beweisen, daß sie bei den Wählern beliebt sind und ihre Partei im November zum Siege führen könnten. — Obwohl Kennedy gut aussieht und liebenswürdig ist, muß er noch beweisen, daß ein Katholik den Sieg davontragen könnte. Humphrey, der zwar einer der bestunterrichteten und die deutlichste Sprache führenden Männer im

Senat ist, muß zeigen, daß er nicht nur ein leerer Schwätzer ist, der den Durchschnittswähler langweilt, obgleich er vielleicht ein paar Intellektuelle beeindrucken mag. Bis jetzt liegt Kennedy weit vorn im Rennen. Seine Kampagne, die durch seine eigenen Mittel und die Zuschüsse seines Vaters und anderer reicher Stützen wohl geschmiert ist, läuft so glatt wie ein Cadillac Modell 1960. Als geübter Organisator und Strategie besitzt Kennedy mehr als nur Geld. Er besitzt Intelligenz, körperliches Durchhaltevermögen, Universitätsbildung (Harvard, Abschluß mit Auszeichnung); er diente mit großer Auszeichnung im zweiten Weltkrieg als Held eines Torpedobootes im Pazifischen Ozean, schrieb ein Buch mit dem Titel «Profiles in Courage», das den Pulitzer-Preis gewann, besitzt eine zwölfjährige Erfahrung im amerikanischen Kongreß, blickt auf bedeutende Erfolge als unermüdlicher Kämpfer zurück, der besonders für die weiblichen Wähler attraktiv wirkt (wie das auch bei Eisenhower der Fall war), hat eine hübsche junge Frau und Brüder, Schwestern, Schwäger und Schwägerinnen, die ihn alle beim Stimmfang tatkräftig unterstützen. Mutig und entschlossen, ist Kennedy seiner Strategie verhaftet, die darauf hinzielt, das amerikanische Wort zu begraben, wonach ein Katholik nicht Präsident der USA werden könne. Er glaubt, daß die amerikanischen Vorurteile in dieser Richtung seit 1928 liberalisiert worden sind, als Gouverneur Alfred Smith von New York von den amerikanischen Wählern wegen seines katholischen Bekenntnisses nach Hause geschickt wurde.

Verwischte politische Probleme

Welches auch immer der Ausgang und die Wirkung dieser ersten Scharmützel zwischen Humphrey und Kennedy und des leisetretden Feldzuges des Vizepräsidenten Nixon sein mögen, der gegenwärtig in seiner Partei keinerlei Opposition zu fürchten braucht, hat sich doch eigentlich noch wenig herausgeschält, was die Standpunkte der Kampagne von 1960 stärker profilieren würde.

Das amerikanische politische System hat die Tendenz, die politische Philosophie und

das Programm eines Kandidaten durch den Lärm und das Drum und Dran des Wettbewerbs um die Volkstümlichkeit zu verdüstern. Das Lächeln und die Persönlichkeit auf dem Fernsehschirm und das «Gesamtbild» werden wichtiger als seine Gedanken und sein Glaubensbekenntnis. — Im Auge des amerikanischen Publikums verwischen sich die politischen Differenzen zwischen Kennedy und Humphrey, zwischen Kennedy und Nixon, oder zwischen Kennedy und Symington. Es gibt keine großen Schwarz-Weiß-Gegensätze. Keine großen Probleme trennen sie. Parteietiketten bedeuten nicht übermäßig viel. Symington und Rockefeller würden in Fragen der Landesverteidigung ungefähr dieselbe Politik verfolgen — größere Ausgaben. Kennedy und Nixon würden in ihrer praktischen Anwendung der politischen Weltanschauung nicht allzu weit voneinander entfernt stehen. Von allen außer Humphrey könnte man sagen, sie ständen etwas links von der Mitte. Humphrey könnte weiter nach links gehen und großzügigere Ausgaben aus den Bundesmitteln für Landwirtschaft, Erziehung, öffentliche Bauten und Projekte zur Behebung der Arbeitslosigkeit vornehmen. Doch auch Humphrey könnte, wenn er sich den wirtschaftlichen Tatsachen des Bundesbudgets gegenüberseht, seinen Liberalismus etwas zügeln. Trotzdem er oft als rechtsstehender Republikaner betrachtet wird, bezeichnen enge Freunde Nixon als Politiker, der links von Eisenhower steht. Er neigt (sei es nun aus politischen Gründen oder aus persönlicher Überzeugung) zu einem Programm der Bundeshilfe für die ärztliche Betreuung der Alten und würde wahrscheinlich darauf hinzielen, daß größere Anstrengungen zur Überfliegung der Russen in der Weltraumschiffahrt und auf dem Gebiet der Fernlenkgeschosse zu unternehmen seien.

Innenpolitisch würden sich die Kandidaten hinsichtlich der Handhabung und Methode leicht unterscheiden. Doch sind die Ähnlichkeiten in der Außenpolitik so groß, daß alle mit derselben Stimme zu sprechen scheinen. Kennedy faßt vielleicht alles etwas vorsichtiger und konservativer an, und Nixon würde wahrscheinlich den gleichen

Weg — wenn auch etwas kühner — verfolgen. Sie würden beispielsweise die Anerkennung von Rotchina nicht so leicht befürworten wie Humphrey oder Symington, die etwas realistischer der Meinung sind, daß irgendeine Form baldiger Anerkennung für ein durchführbares Abrüstungs- oder Weltfriedensprogramm erforderlich sei.

Bis jetzt ist noch kein großer amerikanischer Führer mit begeisternder Stimme und großem Programm für 1960 auf den Plan getreten. Vielleicht ist auch die Führereigenschaft in unseren Tagen der tickenden elektronischen Rechenmaschinen, der öffentlichen Meinungsforschung und der wissenschaftlichen politischen Philosophien, die von «Gehirnfabriken» der Universitätsprofessoren und der Intellektuellen aus der Industrie aufgestellt werden, verloren gegangen. — Aber eines ist erwiesen: Heiße der Kandidat nun Kennedy oder Nixon, Adlai Stevenson oder Rockefeller, er wird liberaler und internationaler eingestellt sein als der verstorbene Senator Taft oder McCarthy. Die sozialen Wohlfahrtsprogramme werden sich entwickeln. Die amerikanische Hilfe an die Alliierten in Europa und im Gebiet des Pazifiks wird mit kleinen Änderungen fortgesetzt. Die Abrüstung wird ein leuchtendes Ziel bleiben. Es wird keine Loslösung von Europa geben.

Es ist nicht vorauszusehen, ob kühne und erregende Ideen aus der Gruppe der Präsidentschaftskandidaten von 1960 hervorgehen werden. Bis jetzt ist niemand mit einem überzeugenden Plan zur Beendigung des Kalten Krieges hervorgetreten, zu einer militärischen Strategie, die nicht in einem Aufrüstungsrennen voller Kriegsrisiken führen würde, einer Ankurbelung des wirtschaftlichen Wachstums ohne Inflationsgefahr, einem Schlußstrich unter die Arbeitslosigkeit und zu einem Wohlfahrtsprogramm, das nicht in Reglementierung und wirtschaftlichen Lasten gipfeln würde, das die amerikanische Wirtschaft erstickt könnte.

Wie die Wahlen im November auch immer ausfallen mögen — eine Veränderung wird kaum zu erkennen sein. Es mag neue Schlagworte geben. Man wird von der Aufgabe der sechziger Jahre und des Raumzeit-

alters sprechen — aber die meisten politischen Propheten erwarten, die amerikanische Politik werde nur geringfügig von der jetzigen abweichen. Weder Demokraten noch Republikaner können die technologischen Gegebenheiten des Raumzeitalters ändern. Wie Eisenhower wiederholt erklärt hat, gibt es keine andere Möglichkeit als den Frieden. Obwohl die Republikaner sich gern im Lichte der «Friedenspartei» sehen möchten, sind auch die Demokraten auf den gleichen Weg verpflichtet. Jede Partei wird behaupten, sie biete die größten Hoffnungen auf Frieden

und Wohlergehen. Und die Wähler werden entscheiden, wer das netteste Lächeln oder die gewinnendste Persönlichkeit besitzt, oder sie werden entscheiden, wer Krieg und wirtschaftliche Depression am besten vermeiden kann. Das Klima des kommenden Novembers — nach Gipfeltreffen und Börsenschwankungen — wird weitgehend bestimmen, ob die Wahl durch das im Fernsehen gezeigte Äußere oder tieferliegenden Qualitäten des Führertums bestimmt wird.

Lloyd Norman

DAS INTERNATIONALE PRESSEINSTITUT

Vom 24. bis zum 26. März wurde in der Sankei-Kaikan-Halle in Tokio die neunte Generalversammlung des Internationalen Presseinstituts (IPI), die erste in Asien, durchgeführt. Es hatten sich über 170 Redaktoren und Verleger aus 24 Ländern dazu eingefunden, eine sehr hohe Zahl, wenn man bedenkt, daß die Reise aus europäischen und amerikanischen Staaten nach Japan noch immer zum Außergewöhnlichen zählt. Man darf annehmen, daß das in der hohen Besucherzahl manifestierte Interesse neben dem IPI auch Asien galt; jedenfalls benützten die meisten Redaktoren die Gelegenheit, Japan und andere fernöstliche Länder persönlich und genauer kennen zu lernen.

Im Gegensatz zur letztjährigen Generalversammlung in Westberlin lauerte über den Teilnehmern in Tokio kein Chruschtschewskes Drohungsschwert. Die Zeit der Ultimaten war einer scheinbaren Phase der «Entspannung» gewichen, und selbst das kommunistische China deutete mit seinen Gesten gegenüber Indonesien, Burma und Indien an, daß es bereit sei, zum sogenannten «Geist von Bandung» zurückzukehren. Ministerpräsident *Kishi* brauchte darum in seiner Eröffnungsrede an die Delegierten des IPI nicht vor neuen Aggressionen zu warnen, sondern konnte sogleich auf das Kernproblem der freien Staaten Asiens ein-

treten: Bau eines soliden wirtschaftlichen Fundaments als Basis einer freien Gesellschaft, die von sich aus die zersetzenden Kräfte des Kommunismus abzuwehren vermag. Ohne Frieden und Wohlstand in Asien, so sagte *Kishi*, könnten wir keinen Weltfrieden erwarten, besonders da in diesem Teil der Welt mehr als die Hälfte der Menschheit lebe. Für Japan sei es eine der vornehmsten Aufgaben, den Entwicklungsländern mit technischer und wirtschaftlicher Hilfe beizustehen. Doch sei Japan auch mit andern Industrienationen in Gespräche eingetreten, um die Entwicklungshilfe zu koordinieren. Es wäre wünschenswert, wenn die jungen Staaten, von denen die meisten erst nach dem zweiten Weltkrieg unabhängig wurden, von sich aus ihre Aufbauprogramme aufeinander abstimmen könnten und untereinander vermehrte Kontakte suchten. Der japanische Ministerpräsident appellierte schließlich an die Redaktoren der europäischen und amerikanischen Länder, den Besuch für ein vertieftes Studium der komplizierten Zusammenhänge in Süd- und Ostasien zu verwenden und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die asiatischen Mitglieder des IPI weiterhin für den Grundsatz einer freien und unabhängigen Presse eintreten.

War man nach *Kishis* Worten einmal

mehr mit den materiellen Problemen der Entwicklungsstaaten konfrontiert, so führte die Rede des designierten Premierministers von Burma, *U Nu*, zur geistigen Auseinandersetzung zurück. *U Nu* sprach als Guest des IPI über die Demokratie im Osten. Der geistige Führer einer kleinen asiatischen Nation, der durch den überwältigenden Sieg seiner Partei, der «Antifaschistischen Volksfreiheitsliga», wieder an die Spitze der Regierung berufen wurde und damit die Rückkehr von der Militärherrschaft Ne Wins zur parlamentarischen Demokratie symbolisierte, machte auf die Versammlung den Eindruck eines klar denkenden und tapferen Mannes. *U Nu* verwarf jedes totalitäre Konzept. Der kurze Weg zum Wohlstand, den die Diktaturen anpreisen, war ihm verhaßt. Die schillernden Ziffern in den Fünf- und Zehnjahrplänen seien solange bedeutungslos, als in die Verheißungen nicht der Mensch, die Familie, die freie Gesellschaft miteingeschlossen seien. Die Idee der Demokratie sei in Asien bekannt, doch würden längst nicht alle Staaten unbirrt den Weg zur freien Volksherrschaft weitergehen. Schwierigkeiten und Anfechtungen führten leicht zu Zweifeln; in der Folge werde die Marschrichtung geändert; am Ende sei man bei irgendeinem totalitären Konzept angelangt. *U Nu* nannte Japan und Indien als die hervorstechendsten Nationen in Asien, die trotz der Hindernisse und der ihnen auferlegten Wartefristen das Wesen der demokratischen Herrschaft beibehalten hätten. An die versammelten Pressevertreter, besonders aus dem freien Asien, richtete er die Mahnung, Hüter der demokratischen Werte zu sein; denn die Zeitungen seien nicht nur die Augen und Ohren der Welt, sondern auch ihr Gewissen.

Zum Wesen der Demokratie gehört, daß sie dem Frieden dient. Wie schnell der Friede gefährdet ist, zeigte der stellvertretende Generalsekretär der Vereinigten Nationen, *Ralph J. Bunche*, der ebenfalls auf Einladung des Instituts über das Problem einer «Präsenz der UN» sprach. *Bunche* brauchte bloß daran zu erinnern, daß die Vereinigten Nationen noch immer in Palästina und Kaschmir stehen und noch vor

kurzer Zeit für Sonderaufgaben im Mittleren Osten und in Laos aufgeboten wurden. Bei der heutigen Lage in Afrika, wo die Turbulenz der Entwicklung sehr rasch zu Siedepunkten und zu gefährlichen Spannungen führen kann, wäre es beinahe verwunderlich, wenn die UN nicht zu einer Vermittlerrolle im Schwarzen Erdteil aufgerufen würde. Das Geschäft des Friedemachens, so sagte *Bunche*, sei relativ neu; man könne nicht sagen, es sei eine Wissenschaft, und wahrscheinlich sei es auch keine Kunst. Die beteiligten Leute hätten rasch gelernt, wie man flexibel verhandelt, ohne gewisse Prinzipien preiszugeben. Erstaunlicherweise genüge aber die Ankunft von Beobachtern häufig, um die Lage zu beruhigen. Das sei zum Beispiel in Laos der Fall gewesen, wo die dorthin entsandte Unterkommission eigentlich keine aktive Tätigkeit der Rebellen mehr feststellen konnte. Der Begriff «Präsenz der UN» sei noch keine magische Formel, doch steige sein Wert je länger je mehr. *Bunche* versicherte, daß die Vereinigten Nationen immer bereit sein werden, in irgendeiner Form von «Präsenz» zur Beruhigung der Weltlage beizutragen.

Waren die Referate das Skelett der Tagung, so wurden dazwischen in zahlreichen Arbeitssitzungen und Diskussionen die eigentlichen Anliegen des Instituts behandelt. Der Präsident des Exekutivkomitees, Dr. *Urs Schwarz*, Redaktor der *NZZ*, gab den Kollegen von der freien Presse der Welt die mahnende Frage zu bedenken, ob man eigentlich immer versucht habe, die Gegensätze richtig zu erläutern, vielleicht sogar zu überbrücken. Er kam zur Feststellung, daß man auch im Westen aus Sensationsgründen und aus Effekthascherei die Dinge aufbauscht und die Gemüter der Leser unnötig erregt. Doch sind die meisten politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge kompliziert; die Simplifizierung ist darum gefährlich und, wenn sie mit Absicht betrieben wird, sogar böse. Gegenüber dem Zustand der absoluten Unfreiheit, wie er in allen kommunistischen Staaten herrsche, gelte es, die Freiheit sorgfältig, auch in der Zeitung, zu bewahren. Man darf sich, um auf die Worte von *Ralph Bunche* zurückzukommen,

dabei noch einmal an Laos erinnern, das in der freien Weltpresse sämtlichen Schattierungen der Berichterstattung unterworfen war; nach den Berichten der Unterkommission der UN zeigte es sich, daß man die Lage häufig falsch beurteilt hatte.

Über die Arbeit des Instituts gab der Jahresbericht von Direktor *E. J. B. Rose* eine gute Übersicht. Vermehrt mußte das IPI gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit protestieren, so in Ceylon, der Türkei und der Südafrikanischen Union. In Ceylon hat sich die Lage in der Zwischenzeit verbessert; der Protest gegen die Südafrikanische Union blieb ohne Antwort. In der Türkei herrscht sogar eine Lage, die an absolute Unfreiheit grenzt. Zeitungsverbote und Verhaftungen von Redakteuren wiederholen sich; die türkische Regierung glaubt aber weiterhin, solche Maßnahmen verantworten zu können. Aus dem Schoß der in Tokio versammelten Mitglieder kam ein neuer energischer Protest an die Adresse von Ankara.

Was Pressefreiheit wirklich bedeutet, schienen daneben einige asiatische Staaten noch nicht erkannt zu haben. Das Exekutivkomitee mußte es ablehnen, einzelne Redakteure aus Formosa als Mitglieder des IPI zuzulassen. Auch den Südkoreanern wurde nicht erlaubt, ein Nationalkomitee zu bilden, und das Nationalkomitee von Indonesien wurde aufgelöst, weil die Zustände in der «gelenkten Demokratie» Sukarnos mit den Satzungen des Instituts einfach nicht vereinbar sind. Diese Entschlüsse stießen auf etliche Schwierigkeiten, doch kann man einen völkerrechtlichen Grundsatz nicht ohne weiteres auf die «Sonderlage» von Korea und Formosa zuschneidern, auch wenn es sich bei diesen Staaten um «Vorposten» der freien Welt handelt, wie sie selbst gerne unterstreichen. Weder die Korruption und die Wahlvergehen in Korea noch die autoritäre Haltung der Kuomintangregierung in Taipeh haben zum Ansehen dieser Staaten beigetragen, und die Presse beider Länder, ob man dies wahrhaben will oder nicht, wird von Regierungseinflüssen mehr oder weniger beherrscht.

Das IPI faßt jedoch nicht nur negative

Entschlüsse (wobei solche Entscheidungen ja auf Grund ausführlicher Diskussionen und Lageberichte gefällt werden), sondern es trägt vielmehr zu einem positiven Aufbau der Presse bei. Wie schon in Europa und Amerika, wo die Gespräche zwischen französischen und deutschen, dann aber auch zwischen deutschen und englischen Journalisten, oder die Seminarien für «Science-writers» zur Ausbildung von Presseleuten, aber auch zum gegenseitigen Verständnis der Beurteilung von Vorgängen im andern Land beigetragen haben, so soll nun auch in Asien ein zweijähriges Programm mit ähnlichen Zielen durchgeführt werden. Durch Fonds aus der Rockefeller-, Ford- und Asia-Foundation ist es dem IPI möglich, Begegnungen und regionale Konferenzen in Asien durchzuführen. Als Direktor des neuen Programms wurde der Chefredakteur des «Ceylon Observer», *A. G. P. Vittachi*, gewählt.

Aus den Beratungen der Arbeitsgruppen sei zum Schluß auf die «Berichterstattung in Asien» hingewiesen, ein Thema, dem eine ganze Morgensitzung gewidmet wurde. Man erfuhr dabei, daß von Indien bis Japan ein Journalist sich durchzuschlagen hat, einmal durch unzählige bürokratische Verordnungen (wozu auch die Visafragen und Einreisemodalitäten gehören), dann durch den Knäuel sich widersprechender und oft «gepflanzter» Informationen und schließlich durch die vielen Festlichkeiten und Parties, die manche der regierungsoffiziellen Informationsstellen veranstalten. In keinem der Länder ist die Situation gleich, doch gibt es ein asiatisches «Savoir vivre», das sich über die gesamte Region erstreckt und dem westlichen Korrespondenten oft unverständlich vorkommt. Gesamthaft gesehen ist es aber möglich, frei und objektiv über alle Vorkommnisse zu berichten, und man darf sich von der Empfindlichkeit der jungen Nationen nicht abschrecken lassen. Es kann vorkommen, daß die Einreisebewilligung bei einem zweiten Besuch verzögert wird, doch sind die Ausnahmen. Jedes der Länder ist voll von «Stories», wie der Südostasienkorrespondent des «Observer» ausführte; mit andern Worten lohnen sich

gelegentliche Besuche auch dann, wenn keine unmittelbaren Grenzverletzungen vorliegen und keine Staatsbesuche angekündigt sind. Telegramm- und Telephonverbindungen sind in den meisten Staaten gut; die Berichterstattung erleidet also keine Verzögerung. Daß man sowohl in Europa wie in den USA die Entwicklung der einzelnen asiatischen Länder mit noch größerem Interesse verfolgen sollte, sei nur nebenbei bemerkt.

Die neunte Generalversammlung fand ihren Abschluß in einer sechstägigen Tour aller Teilnehmer, die auf großzügige Einladung des japanischen Zeitungsverlegerverbandes Osaka, Nara, Kyoto und die

Gegenden von Hakone besuchten. Für viele wurde die Reise nach Japan zum ersten Kontakt mit Asien überhaupt, manche ergänzten ihr Weltbild noch bei Aufenthalten in Korea, Hongkong oder Bangkok. Fühlbar wurde in Gesprächen, daß sich freie Menschen immer relativ leicht verständigen können, daß sie sich gegenseitig Achtung für ihre Probleme zollen und daß es keiner besonderen Brücke zwischen Westen und Osten bedarf in einem Moment, wo man in fünfzehn Stunden von Tokio nach Hamburg und in acht Stunden von San Francisco nach Hongkong fliegt.

Fritz Steck

Wirtschaft, Politik und Kultur sind nicht getrennte Sphären, sondern Erscheinungsformen einer unauflösbarer Einheit, des menschlichen Gemeinschaftslebens.

Max Huber